

**Bürgerdialog zum Schulgesetz endet mit einem Basta
Neun große Bürgerforen gab es im Vorfeld, das zehnte sollte die Diskussion
befrieden. Doch dort gab es nur vollendete Tatsachen.**

Von Uwe Kuhr

erschienen am 19.05.2016

Dresden. Sie ahnte es schon lange. Kultusministerin Brunhild Kurth (CDU) befürchtete, mit ihren neun Bürgerdialog-Veranstaltungen über Inhalte des nun im zweiten Entwurf vorliegenden neuen Schulgesetzes "sehr viele Erwartungen geweckt zu haben". Zu viele, wie sie am Mittwochabend bei einem abschließenden zehnten Forum in Dresden schon bei der Begrüßung einräumte und von "Enttäuschungen" sprach. Etwa 100 Personen waren gekommen. Unter ihnen befanden sich viele Vertreter von kommunalen Spitzenverbänden, Handwerks- und Handelskammern, Gewerkschaften, Lehrerverbänden und Eltern.

Sie alle hofften auf Last-minute-Angebote. Vergebens. Sie wollten zumindest erfahren, warum sich markante Forderungen der Öffentlichkeit nicht im aktuellen Gesetzentwurf wiederfinden. Kleinere Klassenteiler als 28 Schüler, konkretere Regelungen zur Inklusion, längeres gemeinsames Lernen in Gemeinschaftsschulen als nur in den ersten vier Klassenstufen sowie die Struktur der Berufsschulzentren, kristallisierten sich bald heraus.

Kurth verwies auf 1000 Hinweise, die im Ergebnis der Dialog-Foren eingegangen waren. "Mit weit auseinander gehenden Anliegen", sagte sie. 660 Meinungen wurden schließlich als relevant eingestuft. Aus ihnen hätten sich 30 bis 35 Themengruppen herausgeschält. Allerdings lösten sie nur etwa 40 Änderungen im Gesetzestext aus, keine davon ist von grundsätzlicher Natur.

In fünf Beratungsgruppen versuchten es die Besucher noch einmal, mit den Experten aus der Kultusbürokratie ins Gespräch zu kommen. Warum soll die Existenz von Berufsschulzentren (BSZ) künftig an die Mindestschülerzahl von 750 gebunden sein? Damit sei ein Schulsterben zu erwarten, machten Wirtschaftsvertreter deutlich. Kurth gab kontra: Das Land brauche "BSZ ohne Außenstellen". Nur so wären künftig die Mindestschülerzahlen zu halten. Kultus-Abteilungsleiter Thomas Rechentn rechnet vor, dass der Freistaat derzeit 62 Zentren mit 58 Außenstellen habe. Dieses Netz sei zu straffen, wobei "nicht alle BSZ mit weniger als 750 Schülern automatisch zur Disposition stehen". Zudem müssten die Großstädte Berufsschulen zum Ausgleich an den ländlichen Raum abgeben.

Eine Mutter aus Pirna sprach das Thema "Gemeinschaftsschule" an. Das damit verbundene längere gemeinsame Lernen war bei den Dialog-Foren als Fragestellung nicht zugelassen. Nun unterstützten sie Wirtschafts- und Elternvertretern. Doch auch hier bewegte sich nichts. Der Moderator der Runde konstatierte ideologische Hürden bei der CDU bei dem Thema. Der Bildungschef der Handwerkskammer Dresden, Karl-Heinz Herfort, forderte, an diesem wichtigen Punkt "alle parteipolitischen Bedenken" beiseite zu lassen. "Was vergeben wir uns denn dabei?", fragte er. "Nichts, man kann nur gewinnen." In Abwehrversuchen sprachen die Kultus-Leute von "Bauchgefühl" und "persönlicher Meinung". Bis einer sagte: "Wenn Sie eine klare Antwort wollen nein."

Beunruhigt waren die Teilnehmer von zahlreichen Gesetzespassagen so zu Lernmittelfreiheit, Schulnetzplanung und Schülerbeförderung, wo auf noch zu erlassende Rechtsvorschriften verwiesen wird. Immerhin finden sich 32 derartige Verweise im Entwurf. Das sind ein Drittel mehr als im alten Gesetz. "Wird es dazu auch eine Bürgerbeteiligung geben?" hieß es. "Nein, es wird keine weitere öffentliche Beteiligung geben", erklärte die Ministerin ungewöhnlich schroff. Anke Spröh vom Landeselternrat bleibt skeptisch. "Davor haben viele Eltern die meiste Angst." Selbst

Kurths Zusage, die Regelungen dem Landesbildungsrat vorzulegen, reiche nicht. "Trotz Dialog kaufen wir so das neue Schulgesetz wie die Katze im Sack."

Die nächste Feuerprobe hat die Kultus-Chefin, wenn sie bald mit ihrem Gesetzentwurf in die Koalitionsfraktionen von CDU und SPD geht. Die CDU gilt als konservativer in Fragen Schulsystem als die SPD, die Nachbesserungen am Entwurf fordert. Ihr wurden zu wenige Anregungen von Bürgern berücksichtigt. Wirtschaftsminister Martin Dulig (SPD) hatte Kurth dafür schriftlich kritisiert. Erwartungshaltungen aufzubauen und "sie weder zu bedienen noch sich transparent mit ihnen auseinanderzusetzen", sei für weitere Dialog-Foren "kontraproduktiv". Die Bildungsfrau der SPD-Fraktion, Sabine Friedel, bremste Kurth ebenfalls. "Wenn wir schon ein neues Gesetz machen, dann muss es wenigstens gut sein", sagte sie. Da spiele für sie die Zeit eine untergeordnete Rolle: "Qualität vor Schnelligkeit."